

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Peter Trapp (CDU)

vom 16. April 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. April 2014) und **Antwort**

Steuerstrafverfahren in Berlin 2013

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Steuerstrafverfahren wurden 2013 in Berlin durch die Staatsanwaltschaft, die Polizei und die Finanzbehörden eingeleitet?

Zu 1.: In 2013 wurden durch die Berliner Finanzämter 4.274 Steuerstrafverfahren wegen des Verdachts der Hinterziehung von Besitz- und Verkehrssteuern eingeleitet.

Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz wurden in 2013 2.386 Steuerstrafverfahren durch die Staatsanwaltschaft Berlin geführt.

2. Wie viele Verurteilungen hat es 2013 gegeben und wie viele dieser Steuerstrafverfahren wurden eingestellt?

Zu 2.: Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sind von den unter 1. genannten 2.386 Verfahren im Jahr 2013 insgesamt 588 Verfahren eingestellt worden und in 753 Verfahren erfolgten Verurteilungen. In den übrigen Verfahren dauern die Ermittlungen noch an bzw. liegt noch keine Entscheidung des Gerichts vor.

Durch das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen Berlin wurden im vergangenen Jahr 3.969 Strafverfahren abgeschlossen. Von diesen wurden 2.342 Verfahren nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO), 429 Verfahren nach § 153a StPO unter Auflagen, 448 Verfahren wegen Geringfügigkeit nach § 153 Abs. 1 Satz 1 StPO und aufgrund sonstiger Ermessensvorschriften sowie 10 Verfahren nach § 398a Abgabenordnung (AO) eingestellt.

3. Wie hoch war insgesamt die Schadenssumme in den 2013 mit einer rechtskräftigen Verurteilung abgeschlossenen Verfahren?

Zu 3.: Im Kalenderjahr 2013 wurden in den abgeschlossenen Strafverfahren strafbefangene Steuern in Höhe von 54.345.332 € festgestellt.

Bei der Staatsanwaltschaft Berlin erfolgt keine statistische Erfassung der Schadenssummen.

Berlin, den 29. April 2014

In Vertretung

.....
Dr. Margaretha Sudhof
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Mai 2014)